

AL Info² / 22

3 Interview mit Amanda Ramirez Ramos zu ihrer politischen Motivation. Mit Ausblick auf das 1.-Mai-Podium.

5 Die City Card soll Schwache schützen: Willi Wottreng, AL-Gemeinderat und Vorstandsmitglied des Vereins Zürich City Card, erklärt wie.

8 Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Vorstandsmitglied Anne-Claude Hensch Frei lässt Revue passieren und wagt einen Ausblick.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Weg mit Steuerrabatt

Wir alle müssen unser Einkommen bis zum letzten Rappen versteuern. Grossaktionär:innen dagegen sind privilegiert: Sie müssen ihre Dividenden nur zur Hälfte versteuern. Mit ihrer Initiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» will die AL diese Ungerechtigkeit korrigieren und den Dividendenrabbatt reduzieren. Im September 2022 stimmen wir darüber ab.

2-Milliarden-Geschenk an Superreiche

Seit 2008 müssen Personen, die mit mindestens 10 Prozent an einer Firma beteiligt sind, ihre Dividendeneinnahmen im Kanton Zürich nur noch zur Hälfte versteuern. Dieser Steuerrabatt wurde und wird uns als Entlastungsmassnahme für KMU verkauft – ein Propagandatricks, den wir von der Stempelsteuer-Abstimmung her kennen. Zahlen der Finanzdirektion von 2014 zeigen ein völlig anderes Bild. Danach wurden Dividendeneinnahmen von 1.8 Milliarden Franken privilegiert besteuert. 87 Prozent davon entfielen auf Dividenden von 100'000 Franken und mehr, rund zwei Drittel auf gerade mal 583 Superreiche mit Bezügen von 500'000 Franken und mehr. Zahlen aus der Stadt Zürich, wo Daten bis 2019 vorliegen, zeigen, dass aktuell wohl mindestens 2.5 Milliarden Franken Dividenden nur hälftig besteuert werden. Profiteure sind der alte und neue Geldadel mit seinen Family Offices, SVP-Granden wie Christoph Blocher und Walter Frey (Emil Frey AG), Immo- und Baulöwen wie Urs Ledermann und Walo Bertschinger, Medienzaren wie Michael Ringier oder die Familie Coninx-Supino (TA-Gruppe).

Beinharte Lobby für Steuerprivilegien

Bei der letzten Unternehmenssteuerreform (STAF) wollte der Bundesrat ursprünglich den Kantonen eine höhere Mindestbesteuerung von Dividenden (70 Prozent) vorschreiben. Er ist im Parlament aber gescheitert. Kein Wunder: Mit FDP-Ständerat Ruedi Noser (Noser Management AG) und den SVP-Nationalrät:innen Magdalena Martullo-Blocher (Ems Chemie AG) und Thomas Matter (Matter Group AG) – alles persönliche Profiteur:innen des Dividendenrabatts – weibelt im Bundeshaus eine beinharte Lobby für dieses Steuerprivileg.

Bschiss an der AHV: Dividende statt Lohn

Die Teilbesteuerung von Dividenden ist doppelt ungerecht: sie privilegiert Kapitaleinkommen gegenüber Löhnen und diskriminiert Klein- gegenüber Grossaktionär:innen. Von der reduzierten Dividendenbesteuerung machen zunehmend auch Freiberufler:innen wie Ärzt:innen, Anwält:innen, Architekt:innen Gebrauch, die ihre Einzelfirma in eine Einmann-/Einfrau-AG oder -GmbH umwandeln und sich einen Teil ihres Lohns als Dividende auszahlen. Das bringt für sie willkommene Steuerersparnisse und für die AHV ärgerliche Mindereinnahmen, weil auf Dividenden keine AHV-Beiträge geschuldet sind.

Offensivfähigkeit zurückgewinnen

Die Initiative ist äusserst moderat abgefasst. Sie verlangt nicht die vollständige Abschaffung des Steuerrabatts auf Dividenden, sondern bloss eine Erhöhung

des steuerbaren Anteils von 50 auf 70%, wie das seit 2020 auch für die direkte Bundessteuer gilt.

Hinter diesem moderaten Ansatz steckt eine strategische Überlegung. Die AL-Initiative richtet sich gegen die dominierende Tendenz, die Steuerlast immer stärker auf Konsum, Löhne und Renten zu verlagern und Kapitalbesitz und Kapitaleinkommen sukzessive zu entlasten. Abwehrkämpfe wie aktuell gegen die Teilabschaffung der Stempel- und der Verrechnungssteuer sind nötig, reichen aber nicht aus. Auch plakative Initiativkampagnen für mehr Steuergerechtigkeit wie die Bonzensteuer- und die 99-Prozent-Initiative genügen nicht. Wir brauchen auch Projekte, die versuchen, in kleinen Schritten Steuerprivilegien aufzuheben oder zu reduzieren. Um damit in der Steuerpolitik wieder Offensivfähigkeit zurückzugewinnen. Wie wir es etwa 2009 mit der Pauschalsteuer-Initiative erfolgreich gemacht haben. Die Lobby der Kapitalbesitzer versucht, ihre Ziele schrittweise zu erreichen, um den Widerstand zu minimieren. Davon können wir lernen.

Auftakt für die Kantonsratswahlen

Der Kantonsrat hat die Initiative Anfang April erwartungsgemäss mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien – und auch der GLP abgelehnt. Die AL sieht der Abstimmung mit Zuversicht entgegen. Die Initiative ist ein perfekter Auftakt für unsere Kampagne zu den Kantonsratswahlen – in einem unserer Kernthemen, der Steuerpolitik.

Niggi Scherr, Mitglied Initiativkomitee

Parolen

Abstimmungen vom 15. Mai 2022

BUND:

Filmgesetz **JA**

Transplantations-Gesetz **JA**

Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex-Referendum) **NEIN**

KANTON:

Klimaschutzartikel **JA**

Stimmrechtsalter 16 **JA**

Bürgerrechtsgesetz **JA**

Elternzeit-Initiative **JA**

STADT:

Züri City-Card **JA**

Koch-Park **JA**

Klimaschutzziel Netto-Null **JA**

Schulanlage Borrweg **JA**

Schulanlage Lavater **JA**

Sekundarschule Radiostudio Brunnenhof **JA**

Termine

Di, 26. April: AL-Vollversammlung

Sa, 30. April und So, 01. Mai: Umzug und Fest auf dem Kasernen-Areal

Di, 31. Mai: AL-Generalversammlung

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf:

www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex., Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann,

Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Frontex-Gesetz Nein

Die Grenzschutzagentur Frontex, welche 2005 gegründet wurde und damals noch mit einem Budget von 6 Millionen Euro auskam, soll nun bis 2027 1.1 Milliarden Euro jährlich erhalten und ein stehendes Heer von 10'000 bewaffneten Grenzbeamt:innen aufbauen. Das bedeutet für die Schweiz einen jährlichen Beitrag von 61 Millionen Franken. So hatte es zumindest das EU-Parlament entschieden. Auch National- und Ständerat stimmten im Herbst 2021 dazu ja. Und das in Zeiten, da Frontex nicht nur Korruption vorgeworfen wird, sondern sie auch angeklagt wurde, Menschenrechtsverletzungen zu begehen.

Keine Garantie für Menschenrechte

Nachdem lange nur vermutet worden war, dass Frontex von den illegalen Pushbacks im Mittelmeer wusste, wenn nicht gar daran beteiligt war, zeigten die Recherchen verschiedener Medien Ende Oktober 2020 unumstösslich und detailliert die brutalen Menschenrechtsverletzungen durch die Grenzschutzagentur auf. Diese Pushbacks verstossen gleich mehrfach gegen die Menschenrechte. Denn alle Menschen haben erstens Anrecht auf einen Asylantrag. Zweitens muss bei einer Rückschaffung die individuelle Sicherheit gewährleistet sein. Das ist im Mittelmeer, wo die Motoren der Fluchtboote willentlich zerstört und Menschen auf der Flucht mitten im Meer zurückgelassen werden, auf keinen Fall garantiert. Aber auch auf dem Festland gibt es keine sicheren Fluchtrouten, die Folter und Gewalt ausschliessen.

So hat die europäische Abschottungspolitik seit 1993 über 44'000 Menschen das Leben gekostet.

Zögerliche Behörden

Trotz der schwerwiegenden Verbrechen und der damit verbundenen hohen Todeszahlen reagiert das EU-Parlament nur sehr langsam und unzureichend. Der schon lange geforderte Einsatz von Menschenrechtsbeobachter:innen an den europäischen Aussengrenzen beispielsweise wurde immer noch nicht umgesetzt. Auch der Verwaltungsrat, in dem alle Mitgliedsstaaten vertreten sind, hat bei Beschlüssen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass er nicht an der Aufklärung von Rechtsverletzungen interessiert scheint. Es ist klar, dass externe und interne Kontrollmechanismen, denen Frontex unterworfen sein sollte, nicht funktionieren, dass es eines neuen Systems bedarf.

Man muss nur wollen

Die aktuelle Situation in der Ukraine macht sichtbar, dass wir die Grenzen öffnen können, wenn wir denn wollen. Das ist eine Entscheidung, die wir kollektiv als Gemeinschaft treffen müssen. Anstatt Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen und Millionen an Frontex zu zahlen, müssen wir gemeinsam solidarische Perspektiven gegen Krieg und weitere Militarisierung schaffen – für ein gutes Leben für alle.

Sarah Casutt, AL Winterthur



No-Frontex-Referendum (Illustration: Luca Mondgenast)

Interview mit Amanda Ramirez Ramos

Amanda Ramirez Ramos war Kandidierende auf der Gemeinderatsliste im Kreis 4&5 und ist in der AL-Gesundheitsgruppe aktiv.

Du engagierst dich stark in der Gesundheitsgruppe der AL. Was ist deine Motivation?

Im Medizinstudium haben wir eine idealisierte Vorstellung davon, was es bedeutet, im Spital zu arbeiten. Sobald man in die Klinik kommt, werden einem die Augen geöffnet: Viele Strukturen sind nicht zeitgemäss, viele Prozesse nicht funktional, viele Personen arbeiten am Limit. Dass Care-Arbeit nicht beliebig effizienter gestaltet werden kann, ist uns mittlerweile hoffentlich allen klar. Und trotzdem gilt, wer nicht schneller arbeiten kann, arbeitet eben länger und härter. Und wer das nicht aushält, schlittert in ein Burnout oder wechselt den Beruf. So viele Profis, die einfach die Nase voll haben. Hier ist auch die Politik gefragt und die Gesundheitsgruppe ist mein Fenster in diese Welt. Ich lerne viel von den erfahrenen Mitgliedern, ihr grosses Engagement ist motivierend und ich bin dankbar, so freundlich aufgenommen worden zu sein. Die AL-Gesundheitsgruppe zeigt: Es gibt auch ausserparlamentarisch viel zu tun.

Du hast auch für die Gemeinderatswahlen 2022 kandidiert. Was wäre dein erster Vorstoss gewesen, wenn du es ins Parlament geschafft hättest?

Wie können wir die Arbeits- und Anstellungsbedingungen für temporär arbeitende Personen verbessern? Warum können wir den FaBes keine angemessenen Löhne bezahlen? Warum sollen Ärzt:innen in einem Vollzeitpensum 50 Stunden arbeiten? Wie können wir der steigenden Anzahl an kinderpsychiatrischen Notfällen begegnen? Wieviel «Smart» steckt eigentlich in «Smart City»? Und warum müssen Sans-Papiers weiterhin ein Schattendasein fristen?

Diese Themen treiben mich um, aber was wäre tatsächlich mein erster Vorstoss gewesen? Ich weiss es (noch) nicht. Bei allen Unterstützer:innen möchte ich mich trotzdem ganz herzlich bedanken und bleibe beim zuversichtlichen Konjunktiv: Ich wäre ganz sicher nicht untätig geblieben.

Für die 1.-Mai-Zeitung hast du einen Beitrag mit dem Titel «Garantiert profitorientiert: Pharmariesen und ihre Patente» geschrieben. Wo liegt hier das Problem?



Amanda Ramirez Ramos: Patente schaden

Patente haben einen Sinn und Zweck: Sie sollen Erfindungen zeitlich begrenzt vor Nachahmer:innen schützen. Pharmakonzerne nutzen geltende Patentbestimmungen aus, sodass nicht nur ihre Erfindungen geschützt werden, sondern auch ihre exorbitanten Gewinnmargen. Beispielsweise werden Patente immer wieder verlängert, damit die Entwicklung von Generika herausgezögert wird. Die Gewinne wandern in private Taschen oder werden in die Entwicklung von Medikamenten gesteckt, die hohe Profite versprechen. Zu kurz kommt die Entwicklung von Medikamenten, die dringend benötigt werden, aber nicht lukrativ sind, wie z.B. Antibiotika.

Was kann die Politik gegen dieses Problem unternehmen?

Die Schweiz muss ihr Verhältnis zu den grossen Pharmafirmen überdenken. Wir brauchen einen Pharma-Sektor, der bedarfsorientiert gesteuert werden kann. Aktuell steht die Forderung im Raum, dass der Bund die Sandoz, die Generika-Tochter von Novartis, übernimmt. Diese Chance sollten wir ergreifen. So können wir die Grundversorgung mit wichtigen Medikamenten sicherstellen und mit offenen Patenten auch den Rest der Welt an unserem Know-how teilhaben lassen. Win-win.

Passend dazu organisiert die Gesundheitsgruppe ein Podium zum 1. Mai. Was wird uns erwarten?

Wir möchten genau solche Fragen, die sich an den Schnittstellen von Gesundheit, Politik und Wirtschaft ergeben, diskutieren. Die AL-Gesundheitsgruppe stellt ihre Standpunkte vor, Fachexpert:innen kommen zu Wort und es soll ein interaktives Podium werden. Ich freue mich auf neue Inputs und Ideen!

Interview: Dafina Gash, AL-Info Redaktion

AL-Buch- und Filmtipp



David Winizki empfiehlt: "Primitivo" von Pedro Lenz. 2020, Cosmos Verlag. ISBN: 978-3-305-00472-0

Primitivo war ein alter, asturischer Bauarbeiter und Anarchist. Er kämpfte im spanischen Bürgerkrieg, emigrierte dann für Jahrzehnte nach Südamerika, um als etwa 50-Jähriger im Oberaargau zu stranden – einsam, voller Lebenserfahrung und Lebensweisheiten. Pedro Lenz lernte ihn zu Beginn seiner Maurerlehre anfangs Achtzigerjahre kennen und achtete ihn hoch wegen seines respektvollen und solidarischen Wesens. In kräftigen Farben und gleichzeitig behutsam beschreibt Lenz sowohl das raue Leben als Stift auf der Baustelle als auch die turbulente Freizeit während der wenigen Tage zwischen dem Arbeitsunfall und der Beerdigung von Primitivo: Eine klassische Einheit von Zeit, Ort und Handlung. Das Bärntüttsch zwingt zwar zum langsamen, aufmerksamen Lesen, ermöglicht dafür aber umso authentischer, sich in jene Zeit vor 40 Jahren zu versetzen.



Mischa Schiwow empfiehlt: «Schwarzarbeit», Dokumentarfilm von Ueli Grossenbacher. Schweiz, 2022.

Sie sind zu zweit unterwegs, kommen immer unangemeldet: Die Arbeitsmarktkontrolleure, die auf Baustellen und in Restaurantküchen überprüfen, ob die angetroffenen Arbeitskräfte rechtmässig angestellt und entlohnt sind. Ihr Einsatz, im Prinzip zum Schutz der Arbeitenden, kann für illegal Beschäftigte von einem Moment auf den anderen zum Alptraum werden. So für den zum Dumpinglohn auf einer einsamen Baustelle eingestellten Zimmermann aus Mazedonien, der mit einem Touristenvisum in der Schweiz ist. Die begleiteten Inspektoren haben das Heu nicht alle auf der gleichen politischen Bühne: Mühelos ist jener zu erkennen, der aus dem Gewerkschaftsmilieu kommt, wie auch derjenige, der mit der SVP sympathisiert. Selten gab ein Schweizer Film unmittelbarer einen Einblick in die Arbeitswelt. Ein politisches Roadmovie, das an die Nieren geht! Ab 28. April im Kino.

Sozialverträglich & ökologisch

Lange war das Ausmass der Zerstörung der Ökosysteme und das damit verbundene Leiden für Menschen, Tiere und Pflanzen eine Tatsache, vor der industrialisierte Gesellschaften ihre Augen verschliessen konnten. Schmelzende Eisberge in der Antarktis, brennende Wälder in Brasilien und Bevölkerungsbewegungen wegen der Dürre in Afrika liessen über Jahre viele europäische Herzen ziemlich kalt. Inzwischen ist die Klimakrise jedoch eine Realität, die nicht mehr erklärt werden muss und nicht mehr wegdiskutiert werden kann.

Klimaallianz fordert Netto Null 2030

Die Hitzerekorde der letzten Jahre haben eine junge, ökologisch aufgeklärte Generation geweckt, welche die Politik bunt und laut auffordert, die bisher praktizierte Passivität zu überwinden. Die Forderung der Klimastreik-Bewegung ist klar: Zürich soll alles unternehmen, damit der Netto-CO₂-Ausstoss pro Einwohner:in bis 2030 auf Null sinkt. Der Weckruf der Aktivist:innen war so klar und deutlich, dass eine breite Klimaallianz ihn in den Rat weitertrug. Im April 2019 beauftragten AL, Grüne, SP, GLP und EVP den Stadtrat, Netto Null 2030 als Ziel in die Gemeindeordnung aufzunehmen.

Soziale Dimension mitdenken

Während der nächsten zwei Jahre arbeitete die Stadtverwaltung unter Leitung des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements einen Vorschlag aus. Dabei zeigte sich, dass das geforderte Netto-Null-Ziel 2030 aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar ist. Eine derart schnelle Dekarbonisierung der Stadt hätte zur Folge, dass breite Bevölkerungskreise wegen der zahlreichen nötigen Massnahmen - Gebäudesanierungen, Umgestal-

tung der Energieversorgung, Tiefbauarbeiten etc. ihren Wohnraum und ihre Bewegungsfreiheit verlieren würden. Unnötig zu sagen, dass gerade Armutsbetroffene und finanziell verletzte Bevölkerungsgruppen von diesem Exodus als Erste betroffen wären. Ein ökologischer Umbau, der die soziale Dimension nicht von Anfang mitdenkt, ist zum Scheitern verurteilt.

Stadtrat beantragt Netto Null 2040

Das weiss der Stadtrat. Deshalb schlug er im April 2021 in seiner Weisung eine Verschiebung um zehn Jahre vor. Auf der Basis der seit 2008 geltenden ökologischen Ziele (Stichwort: 2000-Watt-Gesellschaft) beantragte er eine Änderung der Gemeindeordnung mit dem Netto-Null-Ziel 2040. Was als Kompromiss daher kommt, ist ein ehrgeiziges Klimaziel, sowohl in zeitlicher als auch in sozialer Hinsicht. Netto Null 2040 ist der Beitrag, den eine reiche Stadt wie Zürich mit einem seit Jahrzehnten überproportional grossen ökologischen Fussabdruck zu leisten hat, wenn die Behebung der Klimakatastrophe aus lokaler und globaler Sicht gerecht gelöst werden soll.

Netto Null 2035 für städtische Bauten und Infrastrukturen

In der Kommissionsberatung zeigte sich, dass durchaus noch Verbesserungspotenzial besteht. Abklärungen mit der Verwaltung ergaben, dass die Stadt selbst in der Lage wäre, die eigene Infrastruktur bis 2035 zu dekarbonisieren. Wichtige städtische Unterstützungsprogramme wie etwa zur Förderung des Ersatzes von fossil betriebenen Heizungen könnten schnell lanciert werden. Eine Verzögerung machte hier also keinen Sinn.

Steiler Absenkpfad und aktives CO₂-Monitoring

Die schlechte Erfahrung im Umgang mit den bisherigen Klimazielen, die zwar sehr viel forderten, aber weder vom Stadt- noch vom Gemeinderat wirklich aktiv verfolgt wurden, führte die Klimaallianz dazu, einen möglichst steilen (mindestens linearen) Absenkpfad zu fordern. Die Klimakrise findet hier und jetzt statt und muss möglichst rasch angepackt werden. Schliesslich beschloss die Kommission, dass die Klimaziele nicht nur konsequent umgesetzt, sondern auch entsprechend kontrolliert werden, und dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet wird. Sollte sich dabei zeigen, dass die Stadt den ehrgeizigen Absenkpfad nicht einhalten kann, ist der Stadtrat verpflichtet, von sich aus weitere Massnahmen vorzuschlagen, damit das Netto-Null-Ziel 2040 tatsächlich erreicht werden kann. Dieses permanente Monitoring der CO₂-Reduktion hat die AL eingebracht.

Klares Ja der AL

Der Stadtrat ist mit diesen Optimierungen einverstanden und im Gemeinderat hat nur die SVP gegen die Gemeindeordnungs-Revision gestimmt. Für die Abstimmung vom 15. Mai empfiehlt die AL ein klares Ja. Auch dank unseres Einsatzes kann Zürich den ökologischen Umbau sozial abgedeckt, global gerecht, stetig, rasch und kontrolliert vorantreiben. Die Zeiten der helvetischen Gemütlichkeit in Sachen Ökologie sind definitiv vorbei.

**David Garcia Nuñez, Präsident
Spezialkommission GUD**

ja
zürich kann
netto-null



City Card soll Sans-Papiers schützen

Es geht erst um ein Vorhaben, nicht um etwas Gesichertes. Die Vorlage, über die wir am 15. Mai abstimmen, ist eigentlich eine leere Schuhschachtel mit einem Bon für ein Weihnachtsgeschenk drin. Der Bon ist das Versprechen, dass die Stadt die Möglichkeiten der City Card prüfen wird. Das Versprechen, dass die Bevölkerung ein Mittel erhalten wird, mit dem sie sich als urbane Gemeinschaft zeigen und sich solidarisch verhalten kann. Aber festgelegt ist nichts.

Der Beschluss des Gemeinderates und die Vorlage des Stadtrates, gegen die das Referendum ergriffen worden ist, lautet nämlich: «1. Für die Realisierung von Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri City-Card wird ein Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken bewilligt.

2. Die Stadtpräsidentin entscheidet über die Aufteilung des Rahmenkredits.»

Es ist unklar, was der Stadtrat mit dieser City Card allenfalls wirklich möglich machen will. In den zugehörigen Berichten sagt er bloss: Man könnte dies, man könnte jenes. Und besonders fehlt das Commitment, alles zu tun, damit Grundrechte der Sans-Papiers beachtet werden. Es fehlt darin die Erklärung der Bereitschaft, für die Grundrechte aus tiefer Überzeugung einzustehen. Viel Feuer hat der Stadtrat bisher nicht gezeigt. Und 3,2 Millionen für solche vorbereitenden Untersuchungen erscheinen als nahezu abschreckend hoch.

In der Motion von SP, Grünen und AL, die den Anstoss zur Vorlage gegeben hatte, ging es besonders um den Schutz der Asylsuchenden: «Die Züri City Card soll allen Einwohner*innen der Stadt Zürich ungeachtet von Herkunft und

Aufenthaltsstatus ausgestellt werden und gegenüber Behörden (insbesondere der Polizei) und Privaten als Identitätsnachweis dienen. Der Aufenthaltsstatus spielt keine Rolle, er soll nicht auf dem Ausweis vermerkt werden und die städtischen Behörden sollen auf die Prüfung des Aufenthaltsstatus verzichten.»

Um dieses Ziel zu erreichen, muss politischer Druck aufgesetzt werden. Ein Ja zur Vorlage ist nur ein Ausgangspunkt. In der Umsetzung müssen die folgenden Ziele erst noch erreicht werden:

Erstens. Die City Card erleichtert Sans-Papiers den Alltag. Sans-Papiers werden bei Routine-Ausweispräsentationen bei der Stadtpolizei – Unfallzeugnisse, Anzeigeerstattungen, Strassenkontrollen – nicht behelligt, wenn sie sich mit einer City Card ausweisen können. Sans-Papiers können die City Card im einfachen Verkehr mit Behörden gleich benutzen wie Personen mit Aufenthaltserlaubnis.

Zweitens. Die City Card genügt allen in Zürich wohnhaften Personen als Ausweis im einfachen Verkehr mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen: für Auskünfte bei städtischen Stellen, Beratungsangebote, Zugang zu Kindertagesstätten und Prämienverbilligungen, für Zugang zu städtischen Stipendien, Abonnements der Verkehrsbetriebe, Anmeldung bei Spitälern, Einschreibung in Bibliotheken.

Drittens. Die City Card ermöglicht einkommensschwachen Personen, vermehrt am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilzunehmen. Sie gewährt vergünstigten Eintritt bei öffentlichen und privaten Einrichtungen – Badeanstalten, Ki-

nos, Sportveranstaltungen, Bildungsangeboten, Läden mit Rabattanangeboten. Wie das heute mit der Kulturlegi schon der Fall ist.

Die City Card verstösst entgegen der Meinung der bürgerlichen Gegnerschaft, die das Referendum ergriffen hat, grundsätzlich nicht gegen übergeordnetes Recht. Das haben die juristischen Abklärungen durch der Universität Zürich ergeben. Zudem ist die City Card ein Paket von Massnahmen, die auch einzeln juristisch geprüft werden können.

Aber eben: Wir müssen den Stadtrat in die Pflicht nehmen. Der Stadtrat muss sich nach Erhalt des Kredites wirklich auf die Socken machen und mehr als ein Zürcher Bonuskärtli kreieren. Wir brauchen nicht bloss eine Vergünstigtenkarte für Einheimische, sondern eine Karte des bürgerlichen Zusammenlebens.

Langfristig heisst dies, dass wir uns einsetzen müssen für die Verwischung von Unterschieden und Brüchen, die leider rechtlich und im Selbstverständnis vieler noch bestehen. Unterschiede von Sans-Papiers und hier Lebenden mit Papieren. Von Schweizern und Ausländern, die unterschiedliche Papiere haben. Es soll hier in der Stadt in der ständigen Wohnbevölkerung einfach keine besseren und weniger guten Zürcherinnen und Zürcher mehr geben.

Die Zeit der Bürger minderen Rechts und der Ansässigen oder Stadtbürger gehört ins Mittelalter. Es gibt kein Vorrecht der Geburt. Die Aufgabe gleicht der Beseitigung der Hintersassen-Diskriminierung in der frühen Neuzeit.

Willi Wottreng, AL-Gemeinderat



Wie profitieren Sans-Papiers von der Zürich City Card? Finde es heraus und stimme Ja am 15. Mai! (Bild: Verein Züri City Card)

Wahlen in Winti



Gestärkt für die nächsten vier Jahre. Die neue Generation der AL Winterthur ist stolz auf das Erreichte und geht gestärkt und voller Elan aus den Wahlen hervor.

Mit den Rücktritten der AL-Schwerge- wichte Katharina Gander und David Berger in der letzten Legislatur war es alles andere als selbstverständlich, dass wir unseren Wähler:innen-Anteil um weitere 0.3% ausbauen konnten. Trotz dieser Steigerung verpassten wir unser Wahlziel, einen dritten Sitz für die AL Winti, wegen 30 Listenstimmen knapp. Dies geht mit einem lachenden und einem weinenden Auge einher: so haben wir uns ausserordentlich über die Neuwahl von Sarah Casutt gefreut, die nach viel ausserparlamentarischer Arbeit Parlamentsluft schnuppern und ihre Spuren nun im Winterthurer Stadtparlament statt in aktivistischen Bewegungen hinterlassen wird. Hierbei wird ihr Roman Hugentobler zur Seite stehen, der die Wiederwahl ins Stadt- parlament geschafft hat. Traurig stimmt uns allerdings die knappe Abwahl meiner Wenigkeit. Mit dem verpassten dritten Sitz muss ich meinen Platz im Stadtparlament leider räumen. Trotzdem bin ich motiviert, für die AL weiterzukämpfen. So holen wir uns den dritten Sitz in vier Jahren! Wenn ich in die Zukunft blicke, sehe ich meine Aufgabe darin, bestehende Strukturen zu festigen und auszubauen. Ebenso möchte ich der AL Winter- thur durch neue Ideen und Veranstal- tungsformate zu grösserer Sichtbarkeit verhelfen.

Sensation in der Schulpflege!

Völlig überrascht hat uns die Wahl von Viviane Marchand in die Schulpflege im ersten Wahlgang. Die Freude über dieses tolle Resultat ist natürlich riesig. Das Schulpflege-Gremium, das komplett neu aufgestellt ist, wird in den nächsten vier Jahren die Weichen für die zukünftige Winterthurer Schule stellen. Umso wichtiger ist es, hier vertreten zu sein und einen kritischen Blick auf die Entwicklung der Schule zu haben. Dank der Wahl von Viviane herrscht im Schulpflegegremium auch in der neuen Legislatur eine linke Mehrheit.

Cédric Eigner, AL Winterthur

Wetzikon: Alternative Plakatwerbung

In Wetzikon wurden am 27. März Parlament und Stadtrat neu gewählt. Für die Stadtrats- und Stadtpräsidiumswahlen portierte die Alternative Wetzikon (AW) Gemeinderätin Bigi Obrist - leider ohne Erfolg. Bei den Gemeinderatswahlen konnte die AW dagegen leicht zulegen (+0.2%) und mit Bigi Obrist (bisher) und Marco Müller (neu) ihre zwei bisherigen Sitze verteidigen.

Stadtraum-Collagen statt Politiköpfe

Auch diesmal fiel die AW durch ihre originelle Plakatwerbung auf. Sie beauftragte die Künstlerin Marlies Kataya mit einer Serie von Stadtraum-Collagen. Die Kampagne in drei Akten startete mit dem 1. Akt «Heimatland». Auf den 2. Akt «Zukunft mit Alternativen» folgte eine Woche später der dritte und letzte Akt mit der Wahlempfehlung «Alternative Wetzikon ins Parlament und Bigi Obrist als Stadträtin und Stadtpräsidentin». «Ganz ohne» - so die AW - «geht es denn am Ende ja doch nicht».

Wetzikon beleben und verschönern

«Wahlplakate» - schreibt die AW - «sind wohl die abgeschmackteste Form von Werbung: Austauschbare Köpfe und nichtssagende Botschaften, die Auge und Intelligenz der Betrachtenden beleidigen. Die Alternative Wetzikon macht da nicht mit. Wir werfen die Alternative Wetzikon

nicht in den Wahl-Werbe-Einheitsbrei, sondern geben uns - ähnlich wie vor vier Jahren mit der Kampagne mit 150 Portraits - bereits in der Wahl-Zeit ein einmaliges Gesicht. Wir beleben nicht nur den politischen Alltag, sondern inspirieren, beleben und verschönern Wetzikon. Die AW macht eben den Unterschied! Wir sind nachhaltiger und setzen neben Ökonomie, Soziales und Ökologie erweiternd Ästhetik und Ethik ins Zentrum unseres politischen Denkens und Handelns.

Stadtraum als zentrales Thema

Der Stadtraum Wetzikon ist eines der zentralen Themen der Alternative Wetzikon. Für die diesjährige Wahlkampagne haben wir uns deshalb Gedanken gemacht, wie wir das Thema aufgreifen und visualisieren können. Mit Marlies Kataya haben wir eine wunderbare Umsetzerin gefunden. Seit Jahren collagiert sie, neben vielem anderen, Stadträume - von Berlin über Wetzikon bis Palermo. Gemeinsam sind wir einen ungewöhnlichen Weg gegangen, und haben Kunst und Wahlwerbung in einen Dialog gesetzt. Entstanden sind zwei Collagen mit und über den Wetziker Stadtraum. Eine grandiose Steilvorlage für eine Kampagne in drei Akten. Realsatirisch und Kitschutopisch.»

AL-Info Redaktion



AW verschönert Wetzikon (Bild: Alternative Wetzikon)

Abstimmen mit 16 aus gutem Grund

Am 15. Mai stimmt die Zürcher Stimmbevölkerung übers Stimm- und Wahlrechtsalter 16 ab.

Die über 65-Jährigen weisen heute die mit Abstand höchste Wahlbeteiligung auf. Sie wählen gemäss dem Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich im Schnitt deutlich konservativer als die Jüngeren.

Umgekehrt ist die Wahlbeteiligung der jüngsten Wahlberechtigten oft sehr tief. Das ist auch mit Blick auf die Klima- und Biodiversitätskrise, die sich auf die Zukunft der heutigen Jugend auswirkt, problematisch.

Dass die Jungen kaum in die Politik eingebunden sind, widerspricht dem demokratischen Grundsatz der Partizipation. Jugendliche sollen gleichberechtigt ihr Umfeld mitgestalten können.

Ausserdem hilft das Stimm- und Wahlrecht ab 16, das Interesse an Politik früh zu wecken. Wer früh mitbestimmen kann, kennt die Regeln und Möglichkeiten der Politik und übernimmt eher gesellschaftliche Verantwortung.

Nives Romanelli, Gemeinderats- kandidatin K1&2

Ungenügende Aufsicht im Bereich des Nachrichtendienstes



Wie jeder Kanton besitzt auch Zürich eine kantonale Vollzugsstelle des nationalen Nachrichtendienstes. Über diese hat, neben der unabhängigen Aufsichtsbehörde des Bundes, mit dem neuen Nachrichten-

dienstgesetz auch der Kanton Aufsichtsverpflichtungen.

Einerseits gibt es eine Oberaufsicht, die der Geschäftsprüfungskommission (GPK) obliegt. Diese wird auf grosser Flughöhe von einer Subkommission wahrgenommen. Die Subkommission stützt sich bei ihrer Arbeit auf Berichte der anderen Aufsichtsorgane und auf gelegentliche eigene Besuche ab.

Die zweite, detailliertere Aufsichtsfunktion sollte der kantonalen Dienstaufsicht zukommen, auf deren Berichte sich auch die GPK abstützt. Schaut man sich jedoch diese an, hebt man schon ein wenig die Augenbrauen. Denn die Dienstaufsicht wird in Zürich einzig von der stellvertre-

tenden Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion wahrgenommen. Man muss nicht besonders tief in der Materie drin sein, um Kritik anzusetzen: Es ist sicher nicht die Aufgabe oder Kompetenz des Generalsekretariats, eine solche Dienstaufsicht wahrzunehmen. Insbesondere in einem solch heiklen Bereich wie dem Nachrichtendienst, dessen Kernkompetenz genau in der Geheimhaltung liegt, sollte auch beim Controlling eine besondere Sorgfalt an den Tag gelegt werden.

Dementsprechend hat die AL diesen Punkt im Rahmen der Diskussion des GPK-Jahresberichts auch kritisiert: Dieses Setup ist ungeeignet, um allfällige Missstände aufzudecken. Es sollte hier eine spezifischere Prüfstelle benannt werden, die unabhängig ist und über entsprechende Kompetenzen verfügt, um die Aufsichtsfunktion wahrnehmen zu können. Zumindest müsste dem Generalsekretariat für die Prüfung eine solche unabhängige Expertise zur Seite gestellt werden. Die Alternative Liste wird diesbezüglich einen politischen Vorstoss ins Auge fassen.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Flüsterbeläge, Ladestationen und Taubenschläge



Im März war im Gemeinderat Diverses aus dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) traktandiert, die Vorstösse reichten von Flüsterbelägen über Ladestationen für E-Autos bis hin zum Taubenschlag.

Die Bürgerlichen führten einmal mehr die Notwendigkeit von Flüsterbelägen als Mittel gegen Lärmimmissionen ins Feld. Wir kennen die Argumentation bereits: Der ÖV würde im Gegensatz zu Tempo 30 nicht behindert. Diesem einen Argument steht Tempo-30 als effiziente, schnell umsetzbare und kostengünstige Massnahme gegen Lärm, Stau und Unfälle gegenüber. Die teuren Flüsterbeläge mögen eine lärmreduzierende Wirkung haben, diese nimmt aber schnell ab, wenn sie von den ebenso beliebten wie schweren SUVs befahren werden.

Die GLP forderte den Erlass einer Verordnung für eine einheitliche Regelung für die Errichtung von Elektroladestationen im öffentlichen Raum. Der

Anschluss an die Elektromobilität würde verpasst, sollte der Elektrifizierung des Individualverkehrs zu wenig Bedeutung beigemessen werden. Ladestationen im öffentlichen Raum wären ein Schritt in die richtige Richtung. Die Grünen verwiesen auf die Richtplandebatte, wo mehr Platz für Velos und grosskronige Bäume gefordert wurde. Ladestationen hätten im öffentlichen Raum nichts verloren, parkierte Autos in den blauen Zonen würden den privat genutzten Anteil bereits ausreichen. Olivia Romanelli von der AL kam zum Kern der Sache: Elektromobilität löse das Problem nicht, sondern verlagere es nur.

Auch hier geht der Blick aufs Ganze verloren. So hinterlässt der Abbau von Lithium irreparable Umweltschäden und raubt der lokalen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage.

Und, ach ja. Die Stadtauben sollen in Taubenschlägen unterkommen. Schön, wenn es so einfach wäre, auch für die menschlichen Stadtbewohner:innen eine zahlbare Unterkunft zu finden...

Regula Fischer Svosve, AL-Gemeinderätin

Unbequem & Links

8. und 9. Januar: AL-Bildungstage im GZ Wipkingen zu den Themen Digitalität und Bildung sowie Nachbarschaftsökonomie und Komplementärwährungen.

14. Januar: AL-Gesundheitsgruppe veröffentlicht Positionspapier mit fünf Kernforderungen und fordert einen Systemwechsel in der Gesundheitspolitik.

15. Januar: Gemeinderat David Garcia Nuñez und Alt-Gemeinderat Niggi Scherr führen Interessierte durch das «kunterbunte Föifi».

16. Januar: Quartiersspaziergang durch Leutschenbach thematisiert rücksichtslose Verdichtung und verwöhnt die Teilnehmenden mit Marroni und Glühwein.

23. Januar: Der letzte Quartiersspaziergang mit den Gemeinderäten Mischa Schiwow und Walter Angst führt nach Witikon, wo Leerkündigungen und Totalabbrüche grassieren.

26. Januar: Postulat von Gemeinderat Willi Wottreng zur Umbenennung der Rudolf-Brun-Brücke in Frau-Minne-Brücke sowie der Brunnngasse in «Moses-ben-Menachem-Gasse».

2. Februar: Gestützt auf eine AL-Motion beschliesst der Gemeinderat eine massive Reduktion der Abfallgebühren. 2023 – 2026 sinken die Grundgebühren um drei Viertel, die Sackgebühren um einen Viertel.

13. Februar: Enttäuschender Wahlausgang in Zürich. Walter Angst verpasst den Stadtratssitz um 1200 Stimmen, im Gemeinderat büsst die AL zwei Sitze ein. In Winterthur verfehlt die AL hauchdünn den Gewinn eines dritten Sitzes, in Dietikon kann sie ihren bisherigen Sitz halten.

5. März: Gemeinderat David Garcia Nuñez übernimmt das Fraktionspräsidium von Andreas Kirstein, die neugewählte Tanja Maag Sturzenegger wird Vizepräsidentin.

9. März: Bei der Vorlage zur definitiven Einführung der Tagesschule in der Stadt Zürich kann die AL-Fraktion wichtige Detailverbesserungen durchsetzen.

27. März: Alternative Wetzikon verteidigt die beiden Parlamentssitze, Bigi Obrist verpasst Wahl in den Stadtrat.

Finanzen

Um unbequem & links zu politisieren, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87-63 811-5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Nein zum Krieg!



Die Hilfsbereitschaft und das Mitgefühl mit den Menschen in der Ukraine sind in Europa derzeit gross. Das ist richtig und wichtig, und dennoch

sollten wir trotz der momentanen Lage das grosse Ganze nicht aus den Augen verlieren. Es ist nicht nur nötig, den Geflüchteten und den Menschen im Kriegsgebiet die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, sondern wir müssen auch unsere generelle Haltung gegenüber Diktatoren und ihren kriegerischen Absichten schärfen und verteidigen. Europa und die Welt haben die Lehren aus dem 2. Weltkrieg vergessen und es in den letzten Jahrzehnten verpasst, abzurüsten und in diplomatische Beziehungen zu investieren, die über nationalstaatliche Interessen hinausgehen. Stattdessen fordern bürgerliche Stimmen in der Schweiz eine Aufrüstung und Mehrinvestitionen in die Armee. Tatsache ist, dass Aufrüstung und Bewaffnung noch nie für mehr Frieden gesorgt haben, sondern die militärische Logik immer und gerade auch zivile Opfer fordert. Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft wehren. Gerade jetzt gilt es, eine neue multilaterale Sicherheitsarchitektur jenseits der Nato im Sinne einer diplomatischen Entspannungspolitik in Europa zu entwickeln.

Des Weiteren ist die Aktivierung des Schutzstatus S für Geflüchtete aus dem Ukrainekrieg natürlich zu begrüssen. Doch für all jene Menschen, die aufgrund unzähliger anderer kriegerischer Konflikte auf der Welt Schutz bei uns suchen und dabei diskriminierende und traumatisierende bürokratische Hürden zu bewältigen haben, ist diese Aktivierung vor allem eines: ein Affront.

Der Krieg in der Ukraine ist nicht mehr oder weniger ein Krieg als jener in Syrien oder Somalia. Und die Menschen, die aufgrund dieser Kriege ihre Heimat verlassen müssen, sind nicht mehr oder weniger schutzbedürftig. Die Stärkung von Nationalismus und Eurozentrismus durch die aktuelle Lage in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf sind eine Gefahr für die internationale Solidarität und inakzeptabel.

Lisa Letnansky, AL-Vorstand

AL bleibt gradlinig und unbequem

Die AL hat in Zürich bei den Wahlen ihre Ziele nicht erreicht. Was hat dazu geführt? Was bedeutet das für unsere politische Arbeit? Einige erste Antworten.

Die Wahlen sind für die AL enttäuschend ausgefallen. Walter Angst verpasste trotz einem Glanzresultat von über 40'000 Stimmen als Überzähliger den Einzug in den Stadtrat. Damit ist die AL nach neun Jahren nicht mehr in der Exekutive vertreten. Die Gründe sind vielfältig. Sicher spielte die fehlende strategische Allianz hinter dem halbherzig propagierten Achter-Ticket von SP, Grünen und AL eine wichtige Rolle. Die mit dieser Kampfansage drohende Abwahl der FDP-Stadträte löste bei der FDP und den Mitteparteien einen Mobilisierungsschub aus. Als stärkste Partei konnte die SP wie erwartet ihre Kandidatin durchsetzen; zusammen mit den starken Verlusten im Parlament hat sie jedoch einen Pyrrhus-Sieg errungen. Die Gegenmobilisierung schlug auch auf die Gemeinderatswahlen durch, die Grünen konnten die Stimmen- und Sitzverluste von SP und AL nur zu einem kleinen Teil kompensieren. Nun ist die linksgrüne Mehrheit auf einen Sitz geschrumpft. Immerhin besteht so weiterhin eine Mehrheit für die Durchsetzung wichtiger sozialer Anliegen und für die Ausgabenbremse. Die veränderte Ratszusammensetzung eröffnet auch neue Möglichkeiten für Bündnisse, etwa mit der Mitte-/EVP-Fraktion.

Bei den Gemeinderatswahlen müssen wir zum ersten Mal seit 2006 einen Rückschlag hinnehmen und verlieren zwei Sitze. Im Kreis 9 kommt zu es einer persönlichen Rochade. Es trifft profilierte Köpfe,

die engagiert politisiert und einiges ins Rollen gebracht haben: Natalie Eberle und Willi Wottreng, die beide den zweiten Sitz in ihrem Wahlkreis vertraten. Ebenso Michael Graff, der in einem anderen Kreis kandidierte. Neu gewählt wurde Tanja Maag im Kreis 9 und Micheal Schmid im Kreis 1+2. Damit ist die AL weiterhin in jedem Wahlkreis ausser in Schwamendingen vertreten.

Was bedeutet das für unsere politische Arbeit? Der Sitz im Stadtrat erlaubte es der AL, gezielter Einfluss zu nehmen. Das wird nun fehlen. Wir streben jetzt eine Erneuerung und klarere Positionierung der AL an – gemeinsam mit den neuen, jungen und oft weiblichen Köpfen aus dem Wahlkampf. An Themen fehlt es nicht. Wie können wir die dringend nötige Klimawende ohne massive Vertreibung der weniger Wohlhabenden realisieren? Wie kommunal neue Instrumente entwickeln gegen Abzockermieten? Wie kann der dringend nötige Bau von Alterswohnungen vorangetrieben werden?

In unserer neuen Arbeitsgruppe Wohnen und Planung setzen wir uns vertieft mit diesen Fragen auseinander und entwickeln politische Lösungsvorschläge. Wir haben den Wahlausgang intern evaluiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Eine Strategiegruppe ist bereits daran, ein Gesamtkonzept für die Kantonsratswahlen vom Februar 2023 zu entwerfen.

Die AL bleibt ihrem Slogan treu: gradlinig, unbequem, links.

Anne-Claude Hensch, Vorstandsmitglied und Kantonsrätin

GR Wahlen 2022: 98 373 Franken Spenden!

Die AL legt Wert auf Transparenz bei den Wahlspenden und –ausgaben. Fundraising und Budgets für Gemeinderats- und Stadtratswahlen wurden diesmal separat geführt. Über das zu erwartende Spendenvolumen waren wir deshalb zu Beginn unsicher. Der erfreuliche Spendenverlauf erlaubte uns, das Spendenziel in zwei Schritten von 60'000 auf 90'000 Franken zu erhöhen. Dies kam einer grossen, letzten Plakatwelle zu Gute. Insgesamt kamen 500 Spenden mit total 98'373 Franken zusammen:

Zahl	Betrag	Total	Anteil
162	Bis 99.-	6'862	7%
180	100 - 199.-	19'116	19%
126	200 - 999.-	36'800	37%
19	1'000.- u. mehr	28'500	29%
13	In Naturalien	7'095	7%

Spenden bis 200, von 200 bis 999 sowie 1000 und mehr Franken bringen je einen Viertel bis einen Drittel. Wir brauchen beides: ein breites Fundament und ein paar grosse Gönner:innen. Ein grosses Dankeschön an alle für ihre Unterstützung! Bei den Einnahmen resultierte ein Überschuss von 6'373.-, die Ausgaben blieben 4'555.- unter Budget. Statt den geplanten 80'000.- muss die AL nur 69'072.- Reserven für den Wahlkampf einsetzen. **Stephan Schnidrig, AL-Kassier und Vorstandsmitglied**